

# 10-PUNKTE-PLAN für eine erfolgreiche ENERGIEWENDE



Damit Deutschland Industrieland bleibt





## **Vorwort**

ut 60 Prozent der politischen Elite in Deutschland sehen unser Land mit der Energiewende in einer Vorreiterrolle, der andere Nationen folgen werden, so die jüngste Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Dagegen sind 73 Prozent der Unternehmenslenker überzeugt, dass Deutschland dauerhaft einen Sonderweg verfolgen werde. Noch nie war die Schere zwischen Anspruch und Realität größer und die Faktenlage gegen ein "Weiter-So" in der Energiepolitik erdrückender:

Wenn Deutschland von 1990 bis 2012 rund 20 Prozent an CO2-Emissionen eingespart hat, ist dies ein Kraftakt für den Industriestandort Deutschland, die Auswirkungen für die Welt sind dagegen gering. Deutschland verursachte 2012 ca. 2,4 Prozent der globalen CO2-Emissionen. 20 Prozent Einsparungen an Kohlenstoffdioxid in Deutschland bedeuten ca. 0,6 Prozent globale Einsparungen des Klimagases. Für hohe klimapolitische Ambitionen mit geringem globalen Nutzen bezahlen wir in Deutschland für den Ausbau der erneuerbaren Energien bisher mehr als 260 Milliarden Euro. Das ist nicht Ökonomie, das ist Ideologie, die Nachhaltigkeit aus den Augen verloren hat. Diesen schwerwiegenden Systemfehler hat Rot-Grün mit Verabschiedung des EEG im Jahr 2000 in unsere Volkswirtschaft getragen.

Um keine einseitigen Belastungen für unsere Volkswirtschaft zu riskieren, ist es entscheidend zu erkennen, dass es bei der globalen Einsparung von CO2 unter den Nationen weltweit eine Spaltung gibt. Von 1990 bis 2012 konnte Deutschland mit großen Anstrengungen und hohen Kosten die CO2-Emissionen von 1 Mrd. Tonnen auf 0,8 Mrd. Tonnen senken. Während der weltweite CO2-Ausstoß im gleichen Zeitraum von 22 Mrd. Tonnen CO2 auf 34 Mrd. Tonnen CO2 hochgeschnellt ist. Bis 2035 werden sich die globalen CO2-Emissionen gegenüber dem heutigen Stand fast noch einmal verdoppeln. Dieser nahezu wirkungslose Beitrag zum Klimaschutz kann damit nicht die Räson für unsere Energiepolitik sein. Im Gegenteil, diese Energiewende in Deutschland führt zwangsläufig so lange zu steigenden CO2-Emissionen, bis der fehlende Baustein der industriellen Energiespeicherung entwickelt worden ist.

Wir erleben in der westlichen Welt derzeit zwei Energiewenden: Auf der einen Seite in den USA mit der Schiefergas-Revolution. Dort sinken die Energiepreise und die CO2-Emissionen. Auf der anderen Seite die deutsche Energiewende mit dem stark beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus der Kernenergie: Hier steigen die Energiepreise und der klimapolitische Effekt ist gleich Null. Es ist bisher keineswegs sicher, welches Modell die wettbewerbsfähigste Energieversorgung der Zukunft darstellt. Kurskorrekturen müssen möglich sein. Um wettbewerbsfähig zu bleiben und immer wieder die Innovationsführerschaft übernehmen zu können, dürfen sich



Deutschland und Europa nicht durch Pauschalverbote neuer Technologien die Chancen für die Zukunft verbauen.

Die Energiewende ist bislang in fast allen Bereichen ein Fehlschlag: klimapolitisch, sozialpolitisch, industriepolitisch, finanzpolitisch, versorgungspolitisch, sicherheitspolitisch und europapolitisch. Dies sind Gründe dafür, dass unser Konzept der Energiewende von keinem anderen Staat in der EU oder gar in der Welt übernommen worden ist.

Der Wirtschaftsrat kämpft dafür, den Umbau unserer Energiesysteme erfolgreich in die Zukunft zu führen. Aber die Energiewende als Gesamtprojekt wird solange ein Fehlschlag bleiben, bis wir den notwendigen Baustein zum Gelingen gefunden haben: Die effiziente und nachhaltige Speicherung von Energie. Es bedarf einer massiven Ausweitung der Mittel für Forschung und Entwicklung bei Speichertechnologien. Bis zur Marktreife dieser Technologien sollten wir den Ausbau der erneuerbaren Energien planbar und deutlich kosteneffizienter gestalten und die Versorgungssicherheit mit Kohle- und Gaskraftwerken gewährleisten. Die Geschwindigkeit der Energiewende muss daher dem technischen Fortschritt angepasst werden und nicht den vorauseilenden Fantasien von Weltverbesserern.

Denn erfolgreich ist die Energiewende nur dann, wenn Deutschland als Industrieland im Herzen Europas auch weiterhin wettbewerbsfähig bleibt, ja sogar an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt. Alle Länder, die ideologiegetrieben Politik verfolgt haben, sind letztlich von der Geschichte bestraft worden. Dies wollen wir für das Industrieland Deutschland verhindern. Die Energiewende kann auch anders gemacht werden. Mit einem ,10-Punkte-Plan für eine erfolgreiche Energiewende' unterbreiten wir hierzu Vorschläge an die Politik.

Dazu sind zunächst die folgenden Schritte notwendig.

Berlin, im Februar 2014

Prof. Dr. Kurt J. Lauk

Präsident Wirtschaftsrat der CDU e.V. **Wolfgang Steiger** Generalsekretär Wirtschaftsrat der CDU e.V.

## 1. Klimapolitischen Fehlschlag der Energiewende beenden!



as, was die gesamte EU von 1990 bis 2012 mühsam an CO2 einsparen konnte, hat alleine China im gleichen Zeitraum zusätzlich 13-fach in die Luft geblasen; im Vergleich zu Deutschland sogar das 31-fache. Mit dieser Energiewende schaffen wir es nicht, einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Eine einseitige Klimapolitik und Kostenexplosionen bei der Energiewende, die Hersteller von Aluminium, Kupfer, Chemikalien, Kunststoffen, Papier, Glas, Stahl, Zement und große Teile der Grundstoffindustrie ins Ausland mit niedrigeren Umweltstandards treibt, tragen Mitschuld an weltweit steigenden CO2-Emissionen. Deutschland und die EU müssen entweder im Verein mit China, Indien und den USA ein globales, verbindliches Abkommen zum Emissionshandel vorantreiben oder das eigene Tempo auf wirtschaftlich vertretbare Geschwindigkeit drosseln.

II



## 2. Industriepolitische Fehlsteuerung der Energiewende stoppen!

rdgas für die Industrie ist in der EU drei- bis viermal so teuer wie in den USA, Russland oder Indien. Die Industriestrompreise in Europa sind mehr als doppelt so hoch wie in den USA und Russland. Die Energiekosten-Schere zwischen Deutschland sowie größtenteils auch der EU auf der einen Seite und großen Teilen der anderen Industrieländer ist in den letzten Jahren massiv auseinander gegangen. Innerhalb der EU liegt Deutschland beim teuersten Industriestrompreis auf Platz 4 in der EU. Deutschland liegt damit rund 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt und rund 45 Prozent über den Preisen für die französische Industrie.

Kein Industriestandort kann dieser Wettbewerbsverzerrung auf Dauer standhalten. Daher wird die Produktionsverlagerung der deutschen Industrie laut einer Umfrage des DIHK zunehmend zu einer bitteren Realität: Fast ein Viertel der Industrieunternehmen ziehen ihre Produktion aus Deutschland ab oder planen die Verlagerung von Kapazitäten. Die Reduktionen der Belastungen für energieintensive Unternehmen, die im internationalen und auch im innereuropäischen Wettbewerb stehen, sind überlebensnotwendig. Es wäre ein Bärendienst für Deutschland, durch den Wegfall der Ausnahmeregelungen die Bürger von nur ca. 1,8 Ct/kWh in der EEG-Umlage zu entlasten, dadurch aber fast eine Million Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie zu verlieren.



## 3. Wachsendes soziales Ungleichgewicht eliminieren!



n seiner bisherigen Ausgestaltung ist die Energiewende und insbesondere das EEG eine massive Umverteilung von Arm zu Reich. Jeder, der eine Wiese, einen Acker oder ein Naturschutzgebiet besitzt und kreditfähig ist, darf eine Windanlage bauen. Allerdings gibt es hiervon nur wenige in der Republik. Die Masse der Mieter bezahlt 20 Jahre lang die überhöhte Rendite der Hausbesitzer, die sich eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach geschraubt haben, und die überteuerte Pacht der Landbesitzer für die Windkraftanlage. Zwei Drittel der Deutschen sind nach einer aktuellen Allensbach-Umfrage nicht mehr bereit, mehr Geld für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu zahlen.

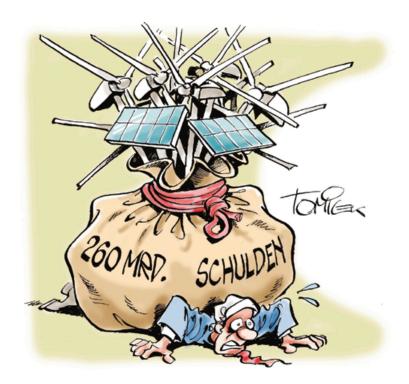
Der deutsche Durchschnittshaushalt (Verbrauch: 3.500 kWh/a) zahlt – ohne die Verteuerung aller Produkte, die er konsumiert – dieses Jahr rund 260 Euro EEG-Umlage inklusive Mehrwertsteuer. Vor zehn Jahren waren es nur 17 Euro. Deutschland hat heute den zweitteuersten Haushaltsstrompreis in der EU. In Frankreich zahlen die Bürger nur die Hälfte für ihren Strom. Während Gutverdiener sich dies möglicherweise leisten können, müsste bei Normal- und Geringverdienern zu Lasten der Lebensqualität gespart werden. Es ist ein sozialpolitischer Irrsinn, den Armen über die EEG-Umlage Geld wegzunehmen, um es dann über Sozialhilfe wieder einzuspeisen. Dagegen erhalten die "grünen" Investoren über 20 Jahre eine gesetzlich garantierte Rendite. Das ist besser als jedes Sparbuch.



## 4. Finanzpolitische Belastung zurückschneiden!

nsgesamt wird das EEG durch die deutschen Stromverbraucher im Jahr 2014 mit rund 19,5 Mrd. Euro bzw. rund 37.000 Euro pro Minute subventioniert. Die heutige EEG-Umlage von 6,24 ct/kWh entspricht nahezu einer Verdopplung dessen, was die Bundesregierung zu Beginn der Energiewende mit 3,5 ct/kWh als Höchstmarke versprochen hatte. Die Gesamtkosten des EEGs, die sich aus den Bestandsanlagen ergeben bzw. über den Zeitraum der garantierten Vergütung noch ergeben werden, belaufen sich bereits heute auf gut 260 Mrd. Euro. Mit diesem Geld wurden auch Arbeitsplätze geschaffen. Unklar bleibt bisher, wie viele Arbeitsplätze hierfür verschwunden sind. Die Blase bei der Photovoltaik zeigt auf, dass ein Großteil der Investitionen' der Verbraucher jedoch nicht "nachhaltig' waren.

Der Berechnung der EEG-Umlage 2014 wurden Einspeisevergütungen von ca. 21,7 Mrd. Euro zugrunde gelegt – bezahlt von privaten Haushalten, von mittelständischen Handwerks-und Gewerbebetrieben und der Industrie. Dem stehen perspektivische Erlöse der Strombörse von rund 2,2 Mrd. Euro gegenüber. Ein Unternehmen, das für sein Produkt mit Kosten von über 20 Mrd. Euro gerade einmal 2,2 Mrd. Euro Gewinn macht, also einen Verlust von fast 19,5 Mrd. Euro einfährt, hätte längst Insolvenz anmelden müssen.



## 5. Versorgungspolitischen Fehlschlag verhindern!



m Winter 2012/2013 mussten die Netzbetreiber 3.394-mal in den laufenden Betrieb der Stromnetze eingreifen, damit die Lichter in Deutschland nicht ausgehen. Zwei Jahre zuvor waren es noch 1.208 Eingriffe. Der unkontrollierte, stark dezentralisierte Ausbau der Erneuerbaren nach dem Motto "Bauen und Vergessen" bringt das Stromnetz an seine Belastungsgrenze. Der notwendige Netzausbau wird dagegen weiter durch Bürgerblockaden gebremst. Von den bereits 2009 geplanten 1.855 Kilometern Höchstspannungsnetz (EnLAG) wurden bisher nur 320 Kilometer gebaut; 2013 kamen gerade einmal 50 Kilometer hinzu. Der Netzentwicklungsplan sieht vor, in den nächsten zehn Jahren zusätzlich 2.650 Kilometer neue Stromleitungen zu bauen.

Der zügige Netzausbau ist dringend erforderlich, um die Versorgungssicherheit insbesondere in Süddeutschland aufrechtzuerhalten. Doch auch mit einem schnellen Netzausbau und dem Erreichen der Ausbauziele für Erneuerbare muss nach aktuellem Stand der Technik ein fast gleich bleibender konventioneller Kraftwerkspark vorgehalten werden, der einspringt, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Auch dafür zahlt der Verbraucher. Damit Deutschland mit zwei parallelen Energieinfrastrukturen nicht das teuerste Energiesystem weltweit aufbaut, ist die intelligente Verzahnung der Energiesysteme entscheidend.



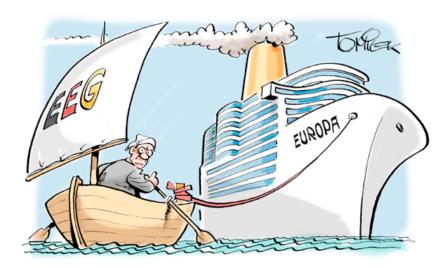
## 6. Sicherheitspolitische Fehlsteuerung offenlegen!

eit der dauerhaften Abschaltung von acht Kernkraftwerken in Deutschland sind neun Kraftwerke auch weiterhin in Betrieb. In ganz Europa laufen aber trotz der Katastrophe von Fukushima insgesamt 184 Kernkraftwerke. In den 28 Mitgliedsstaaten der EU sind weiterhin 131 Kernkraftwerke in Betrieb. Alle diese Kernkraftwerke sind näher als Fukushima, einige stehen direkt an der deutschen Grenze.

Europa bleibt in der Frage der Kernenergie gespalten: 14 Mitgliedsstaaten setzen auf Kernenergie, die anderen 14 nicht, beziehen aber teilweise Strom aus Kernkraft. Der Strommix liegt in der Hoheit der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Einige Mitgliedsstaaten sehen in der Kernenergie weiterhin eine zentrale Möglichkeit, schnell CO2-Emissionen einzusparen. Polen plant deshalb den Einstieg in die Kernenergie, Großbritannien will sie massiv fördern. Die Risiken von Erdbeben und Tsunamis werden dabei anders eingeschätzt als in Berlin. Durch das Abschalten der deutschen Meiler ist die beschworene Gefahr in keiner Weise gebannt worden. Die Bundesregierung hat bislang im europäischen Rat auf die nachhaltige Forderung verzichtet, die Abschaltung aller Kernkraftwerke in Europa zu fordern. Dies belastet die Glaubwürdigkeit der deutschen Energiewende im Ausland.



## 7. Europapolitische Integration der Energiewende umsetzen!



orreiter mit derart ökonomisch schädlichen Konsequenzen für Arbeit und Wachstum sind nicht glaubwürdig. Nach dem einseitigen Ausrufen der Energiewende prüfen Polen und die Niederlande den Bau von Stromsperren, um die Überlastung der eigenen Stromnetze durch erneuerbare Energien aus Deutschland zu verhindern. Während die Kosten der Förderung in Deutschland auf die Stromverbraucher umgelegt werden können, kommt die Preisentlastung auch den angrenzenden Märkten zugute: Oft erhalten unsere Nachbarstaaten Wind- und Solarstrom zu negativen Marktpreisen. Daher profitiert die Industrie angrenzender Nachbarstaaten bereits von den gesunkenen Börsenpreisen, ohne sich jedoch an den Kosten der Erneuerbaren zu beteiligen.

Ohne die Einbeziehung Europas wird die Energiewende scheitern. Der Wunschtraum von energieautarken Städten oder gar des ganzen Landes lässt sich in keinem Fall wirtschaftlich darstellen. Nach einer aktuellen Studie der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission können für jeden EU-Bürger dagegen 200 Euro pro Jahr eingespart werden, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien europaweit koordiniert und der Energiebinnenmarkt vollendet werden.

#### Zwischenfazit

Die Eckpunkte der Bundesregierung für einen schnellen Abbau von Überförderungen und die Einführung der Direktvermarktung von EEG-Strom gehen in die richtige Richtung. Diese Maßnahmen reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um den Strompreis zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken. Um die Energiewende zu retten, brauchen wir eine Generalrevision des deutschen Energierechts.



## 10-Punkte-Plan für eine erfolgreiche Energiewende: Kernforderungen des Wirtschaftsrates

#### 1. EEG-Reform mit Innovationen statt Dauersubventionen!

Für eine zügige Reform des EEGs hat der Wirtschaftsrat im Februar 2013 das Marktintegrationsmodell für erneuerbare Energien vorgelegt. Ziel ist es, aus bisherigen Subventionsempfängern der erneuerbaren Energien Unternehmer zu machen und den Zubau der Erneuerbaren im Gleichgewicht mit dem Netzausbau, Kraftwerken, Nachfragern und Speichern zu verzahnen.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Vollständiges Auslaufen der Förderung für erneuerbare Energien nach Erreichen der Ausbauziele, spätestens bei einem Anteil von 35 Prozent erneuerbare Energien am deutschen Stromverbrauch.
- Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung mit fixer Marktprämie ab 2015 für alle Neuanlagen. Um die größten Kostensenkungspotenziale zu nutzen, sollte die Marktprämie mittelfristig technologieneutral ausgestaltet werden.
- Die vorgeschlagene Ausfallvermarktung ersatzlos streichen. Diese Regelung führt eine verpflichtende Direktvermarktung für alle Anlagen ad absurdum.
- Keine Bagatellgrenze für kleine und Kleinstanlagen für die Direktvermarktung. Dies ist weder volkswirtschaftlich noch energiewirtschaftlich sinnvoll, sondern verhindert innovative Geschäftsmodelle vor Ort.
- Das geplante Ausschreibungsmodell sollte bereits spätestens 2016 für ausnahmslos alle Anlagen eingeführt werden. Pilotprojekte sollten schnellstmöglich für Wind und Photovoltaik (PV) gestartet werden.
- Eine bessere Synchronisation des Zubaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Stromnetze und ökonomische Anreize für Speicherlösungen durch den Wegfall der Härtefallregelung in § 12 EEG schaffen.
- Systemverantwortung für erneuerbare Energien stärken und weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Gleichgewicht mit Kraftwerken, Nachfragern, Netzausbau, Speichern etc. über das Marktintegrationsmodell vorantreiben.
- Um die Investitionssicherheit zu erhalten, werden nachträgliche staatliche Eingriffe in bestehende Förderverträge abgelehnt. Stattdessen wird durch den Wechsel in die Direktvermarktung die Übersubventionierung der erneuerbaren Energien abgebaut.
- Alle Erneuerbare-Energien-Anlagenbetreiber müssen sich an künftigen Maßnahmen zur Systemstabilität und Versorgungssicherheit beteiligen.

### 2. Vorfahrt für den Stromnetzausbau!

Bei einem weiteren Ausbau der Erneuerbaren durch das EEG wird nicht nur die Kostenbelastung für die Verbraucher weiter steigen, sondern auch die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit werden weiter abnehmen. Zu einer erfolgreichen EEG-Reform müssen daher dringend Eckpunkte für den Ausbau der Stromnetze vorgelegt werden.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- An den Erfolg des verbindlichen Bundesbedarfsplans anknüpfen und Beschleunigung beim Netzausbau auf allen Ebenen vorantreiben und mit dem Zubau an erneuerbaren Energien synchronisieren.
- Eine weitere Zersplitterung der Verteilnetzebene und der Einstieg in die Verstaatlichung der Stromnetze müssen verhindert werden.
- Die Nutzung von Spitzenleistung der EEG-Anlagen, die nur in wenigen Stunden im Jahr auftritt, begrenzen, um die Kosten des Netzausbaus zu dämpfen.
- Abschaffung des Zeitverzugs bei den Verteilnetzen in der Anreizregulierung analog zu den Übertragungsnetzen, um die Investitionsblockaden zu beenden.
- Planungs- und Investitionssicherheit bei Offshore-Windenergie mit verbindlichen Realisierungsfahrplänen sicherstellen und Vernichtung von Anlagevermögen vermeiden.
- Investitionsblockaden bei Smart Metering auflösen und Einstieg in Smart Grid ermöglichen: Den Verteilnetzbetreibern die Möglichkeit geben, durch Steuerung von Erneuerbare-Energien-Anlagen und Lasten sowie den Einsatz von Speichern, die Netzauslastung zu maximieren und unnötige Netzinvestitionen zu vermeiden.
- Die Kosten für die Netzentwicklung müssen neben einer Verbrauchskomponente auch eine Anschlusskomponente besitzen.

## 3. Industrie stärken – Belastungen begrenzen!

Deutschland ist noch immer die viertgrößte Industrienation weltweit – darauf können wir zu Recht stolz sein. Innovative Industrien und funktionierende Wertschöpfungsketten sind der Schlüssel für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen muss es unser gemeinsames Ziel der Energiewende sein, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken und den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt auszubauen.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland. Wir benötigen einen Mentalitätswechsel pro Industrie. Statt einer Verteilungsdiskussion muss eine Kostensenkungsdiskussion geführt werden.
- Wenn für Erneuerbare-Energien-Anlagen Vertrauensschutz gilt, muss dies auch für den Eigenverbrauch gelten. Wenn die getätigten Investitionen in Wärmerückgewin-

9



nung jetzt nachträglich durch Umlagen belastet werden, ist dies ökonomischer Unsinn. Auch für diese Investitionen muss Vertrauensschutz gelten.

- Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken, muss die Besondere Ausgleichsregelung des EEGs europarechtlich abgesichert werden.
  Dabei ist auch der innereuropäische Wettbewerb zu berücksichtigen, solange es keine vollständige Harmonisierung der Förderung der erneuerbaren Energien gibt.
- Neben der Diskussion von Grenzwerten für CO2-Emissionen muss auch eine Debatte darüber geführt werden, wo die Grenze der akzeptierten Energiekosten und die Grenze der Versorgungssicherheit liegt.

# 4. Vollendung des EU-Binnenmarktes für Strom und Gas vorantreiben!

Die preistreibende Kleinstaaterei in Europa muss beendet werden. Nur durch einen starken, funktionsfähigen Energiebinnenmarkt kann die Energiewende Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Strom und Gas gewährleisten. Ein gemeinsamer Markt ist zudem die notwendige Antwort auf den rapide steigenden Energiebedarf der aufstrebenden Länder bei zugleich knappen Energieressourcen.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Die Energiewende bedarf grundsätzlich einer stärkeren Koordination mit den EU-Mitgliedsstaaten: Ausbau der Energienetze und der Erneuerbaren europaweit abstimmen.
- Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes vorantreiben: Abstimmung von Planungsund Genehmigungsverfahren beim Stromnetz beschleunigen und konkrete Zeitpläne für den Ausbau der Grenzkuppelstellen vorlegen, um den europaweiten Wettbewerb zu stärken.
- Schluss mit rein nationaler Energiepreispolitik. Wir brauchen eine Energiepolitik im internationalen Kontext und mit Augenmaß.
- Keine nationalen Regeln setzen, die dem EU-Binnenmarkt zuwiderlaufen. Statt die staatsgetriebene Subventionsspirale durch einseitige Kapazitätsmechanismen und Fördermechanismen für erneuerbare Energien weiter zu befeuern, europaweit einheitliche Rahmenbedingungen durchsetzen!
- Grenzüberschreitende Förderung von Forschung und Entwicklung massiv ausweiten, um insbesondere die Speichermöglichkeit von Strom zu gewährleisten.

## 5. Märkte für Energieeffizienz statt Verpflichtungssysteme!

Nur durch massive, sektorübergreifende Anstrengungen bei der Energieeffizienz in Verkehr, Industrie und Immobilien, die Wärme und Kälte gleichermaßen einbeziehen, kann die Energiewende zum Erfolg geführt werden. Allein über die Hälfte des gesamten Endenergiebedarfs in Deutschland wird für Wärmeanwendungen genutzt. Hier findet sich der größte Hebel für Energieeinsparungen. Bis Mitte 2014 sollte die EU-Effizienzricht-

linie in nationales Recht umgesetzt werden. Dabei ist auf einen funktionierenden Markt für Energiedienstleistungen statt auf Verpflichtungssysteme zu setzen.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Steuerliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden schnell umsetzen: Dies war bereits im Energiekonzept der Bundesregierung 2010 vorgesehen und scheiterte an Uneinigkeit zwischen Bund und Ländern über die Verteilung der Kosten.
- Technologieoffenheit bei der Auswahl aller Maßnahmen zur Energieeffizienz: Keine Sanierungsreihenfolge vorgeben!
- Effizienzsteigerungen nicht durch Verbote und Zwangsvorgaben blockieren: Entscheidend ist, dass der Bürger nicht entmündigt wird, sondern über die Auswahl von Energie-Effizienzmaßnahmen selbst entscheiden kann.
- Diskriminierung im Förderregime beseitigen: Energieunternehmen sowie Unternehmen, die nicht den KMU-Kriterien entsprechen, werden von der Nutzung vieler Fördertöpfe, z. B. von Vor-Ort-Energieberatungen oder dem Marktanreizprogramm für Heizungssanierung, ausgeschlossen.
- Contracting fördern und Hemmnisse beseitigen: Contractoren ermöglichen Modernisierung auch an solchen Stellen, wo das Kapital für eine Investition in eine neue Anlage nicht aufgebracht werden kann.
- Verlässlichkeit im Förderrahmen bei Energieeffizienz: Die langfristigen und kapitalintensiven Investitionen im Bereich Energieeffizienz sind auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Die schwankenden Höhen der Fördermittel und unvorhersehbare Förderstopps führen zu Verunsicherung und Attentismus.

# 6. Effizienteste Stromerzeugung statt subventionsgetriebener Standortwahl!

In einem reformierten EEG muss die effizienteste Energiegewinnung aus EE-Anlagen gewährleistet werden und Anlagen müssen deutschlandweit und perspektivisch europaweit dort gebaut werden, wo sie den höchsten Ertrag erwirtschaften können. Eine weitere Zersplitterung der Energiewende, wie beispielsweise über regionalisierte Einspeisevergütungen, birgt die erhebliche Gefahr, dass sich die Subventionsspirale durch lokale Interessen immer schneller dreht.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Einseitige, industriepolitisch motivierte Kämpfe zwischen den Bundesländern beenden.
- Stärkere Zusammenarbeit zwischen Bund und Bundesländern, die eine Koordinierung des Ausbaus der Netze, Speicher, erneuerbaren Energien und Kraftwerke im Blick hat.
- Regionalisierte Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien verhindern.

11



- Anlagen deutschlandweit und perspektivisch europaweit dort ausbauen, wo der höchste Ertrag erwirtschaftet werden kann.
- Vertrauensschutz bei der EEG-Nicht-Belastung als Grundlage für den wirtschaftlichen Betrieb ökologischer Stromeigenerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) sicherstellen.

## 7. Versorgungssicherheit in den Fokus nehmen!

Für eine sichere Energieversorgung bleiben auf absehbare Zeit fossile Energieträger unerlässlich. Zur Sicherung der Versorgung ist die Kraftwerksreserve im Moment noch ausreichend. Weiterhin sollten alle Möglichkeiten für die Optimierung des Energy-Only-Marktes genutzt werden. Die Diskussion um Kapazitätsmechanismen sollte besonnen und sachlich vorangetrieben werden.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Aufhebung des Stilllegungsverbotes für systemrelevante Kraftwerke.
- Soweit die vorgeschlagene EEG-Reform und die Optimierung des Energy-Only-Marktes mittelfristig nicht zu einer genügenden Vorhaltung von Back-up-Kapazität führen, muss über Kapazitätsmechanismen entschieden werden.
- Kapazitätsmechanismen müssten zwingend technologieoffen und diskriminierungsfrei für alle Marktteilnehmer und Energieträger sowie in einem europäischen Rahmen angelegt werden. Nur so könnte der Mechanismus auch kosteneffizient wirksam werden.
- Stärkung der Anreize zur Lastprognose und Schärfung der Bilanzkreistreue.
- Ausweitung der Nachfrageflexibilität durch Reduktion administrativer Hemmnisse.

## 8. Tarifstrukturreform zügig umsetzen!

Eigenerzeuger leisten kaum einen Kostenbeitrag zum Netzausbau, profitieren aber umfassend von der Sicherheit des Netzanschlusses. Es entsteht daraus wiederum ein immer größerer Anreiz, mit einer eigenen Anlage weitgehend auf den Bezug von Netzstrom zu verzichten. Damit zahlen immer weniger Verbraucher die Umlagen und Abgaben.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Die Tarifstruktur muss längerfristig einen Preis für die bezogene Kilowattstunde und die gesicherte Leistung abbilden. Weiter sind Netzentgelte, Umlagen, Steuern und Abgaben anzusprechen.
- Eine gerechte Lastenverteilung: Die Kosten des Systems müssen schwerpunktmäßig von denjenigen getragen werden, die aus einer spezifischen Leistung Nutzen ziehen. Bestehende Eigenverbrauchsanlagen müssen Bestandsschutz erhalten.

## 9. ,Smarte Energiewelten' vorantreiben!

Erfolgreich wird die "neue Energiewelt' nur durch eine 'intelligente' Vernetzung aller Ebenen zu erreichen sein. Durch die Einführung eines optimierten Einspeisemanagements im Bereich der EEG-Anlagen lassen sich erhebliche Investitionen in den Netzausbau verzögern oder vermeiden.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- EEG-Anlagen steuerbar machen: §6 EEG überarbeiten und Steuerbarkeit von EEG-Anlagen auf alle Anlagen ausweiten.
- Lastmanagement nutzen: Zügige Umsetzung des §14a EnWG in eine Verordnung und Umstellung der Netzentgeldstruktur für Industrie- und Gewerbebetriebe, um Demand Response wirtschaftlich attraktiv zu machen.
- Die Verstaatlichung der Stromnetze auf allen Spannungsebenen muss unter allen Umständen zurückgedrängt werden.

## 10. EU-Emissionshandel stärken und Klimaschutzpolitik internationalisieren!

Nicht nur in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien hat sich Deutschland ehrgeizige Ziele gesetzt, sondern auch beim Klimaschutz. Die vielen nebeneinanderstehenden klima- und energiepolitischen Instrumente, wie beispielsweise das EEG und der Emissionshandel, provozieren massive Fehlsteuerungen und Zusatzbelastungen für die deutsche Industrie.

#### Der Wirtschaftsrat fordert:

- Keine Eingriffe in den EU-Emissionshandel (ETS): Anstatt Investoren zu verunsichern, ist eine durchdachte strukturelle Reform des Systems mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2030 notwendig, die auch den Ausbau der erneuerbaren Energien mit einbezieht.
- Einseitige Belastungen für stromintensive Industrien im internationalen und innereuropäischen Wettbewerb sowie für Unternehmen, deren Produkte einen weltweit einheitlichen Börsenpreis haben, müssen verhindert werden.
- Die deutsche und die EU-Strategien im Bereich Klimaschutz verzahnen: Doppelbelastungen durch verschiedene Klimaschutzinstrumente müssen beseitigt werden.
- Den EU-Emissionshandel langfristig ins Zentrum der europäischen Klima- und Energiepolitik rücken: Auch Investitionen in erneuerbare Energien sollten in Zukunft vom ETS ausgelöst werden. Nationale Alleingänge wie CO2-Steuern oder Brennstoff-Steuern wären der Tod des Systems und müssen deshalb verhindert werden.
- Weitere Zielsetzungen in der Klimapolitik nur umsetzen, wenn neue Technologien wie "Carbon Capture and Storage" (CCS) und weitere, noch zu entwickelnde Technologien, genutzt werden können sowie mindestens zwei Drittel der Industriestaaten einem verbindlichen globalen Klimaregime zustimmen.

13



## **Fazit**

ine weitere Erhöhung der Klimaziele ist mit dem bisherigen System nicht ohne größere Schäden an unserem industriellen Fundament zu erreichen. Seit über 15 Jahren liefert die Industrie einen stabilen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland. Wir sollten nicht die Fehler Großbritanniens und anderer Länder wiederholen und diese tragende Säule unseres Wohlstandes langsam ausbluten lassen. Die Energiewende muss jetzt vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Hierzu müssen alle an einem Strang ziehen: Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft.





#### Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Generalsekretär Dr. Rainer Gerding, Bundesgeschäftsführer

#### Inhaltliche Betreuung:

Björn Spiegel, Fachgebietsleiter Energiepolitik

#### Karikaturen:

Tomicek

#### Herstellung:

STEINBACHER DRUCK GmbH

© Wirtschaftsrat 2014

Wirtschaftsrat der CDU e.V. Luisenstraße 44, 10117 Berlin Telefon: 030/24087-200 Telefax: 030/24087-205 Internet: www.wirtschaftsrat.de E-Mail: info@wirtschaftsrat.de